

Brief aus Berlin



Brigitte Zypries
Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis 187
www.brigitte-zypries.de

Ausgabe 02/2008

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Diskussion in den letzten Wochen über den Kurs der SPD ist nötig, denn die politische Landschaft hat sich verändert. Allerdings wurde die Debatte zur Unzeit und wenig geschickt begonnen. Dafür hat sich Kurt Beck entschuldigt. Richtig ist auch der Beschluss des Parteivorstandes: Auf Bundesebene ist eine Koalition mit der Linken schon wegen der außen- und sicherheitspolitischen Differenzen auf absehbare Zeit ausgeschlossen. Ob und in welcher Form in den Ländern mit der Linken zusammengearbeitet wird, wird vor Ort entschieden. Frank Steinmeier hat zu Recht darauf hingewiesen, dass mit dieser Entscheidungsfreiheit für die Landesverbände auch Verantwortung einher geht: Bei jeder Zusammenarbeit mit anderen Parteien muss die sozialdemokratische Handschrift deutlich werden. Und jede Form der Zusammenarbeit muss dazu führen, dass man für die gesamte Wahlperiode eine stabile Regierung bilden kann.

Von der Union dürfen wir uns jetzt nicht in die Ecke stellen lassen. Die politische Stabilität zerbricht nicht, wenn sich die Linke dauerhaft als fünfte Partei etabliert. Ihr Erfolg zeigt vielmehr, dass die Sorge um die soziale Gerechtigkeit inzwischen bis in die Mitte unserer Gesellschaft reicht. Die Union hat auf die Veränderungen des westdeutschen Parteiensystems längst reagiert und werkelt in Hamburg an Schwarz-Grün. Die Konservativen mögen in die reaktionäre Mottenkiste greifen und uns mit „Linksfront“-Parolen beschimpfen, aber das Eintreten für soziale Gerechtigkeit und das Streben nach Wohlstand für alle bleibt auch weiterhin eine Politik der Mitte. Für uns Sozialdemokraten muss klar sein: Die Linke wird nicht verschwinden, indem wir sie verteufeln; sie wird aber auch nicht verschwinden, indem wir sie umarmen. Die Linke ist schwach, wenn die SPD stark ist. Sie ist schwach, wenn wir mit unserer Politik Erfolg haben und wenn wir deutlich machen, dass die SPD als einzige politische Kraft in der Lage ist, tatsächlich für soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Daran müssen wir arbeiten. Deshalb kommt es auf die Inhalte unserer Politik an.

Auf Bundesebene hat die SPD dafür gesorgt, dass die Sozialsysteme zukunftsfähig sind und die Voraussetzungen für den Aufschwung da sind. Nun müssen wir dafür sorgen, dass der Aufschwung auch bei allen Menschen ankommt. Ich kann die Skepsis von vielen verstehen und die Sorge, dass das monatliche Einkommen oder die Rente nicht ausreicht, weil die Kosten davon-

laufen. Es wird unsere Aufgabe als SPD sein, hierauf bis zur Bundestagswahl 2009 unser besonderes Augenmerk zu legen. Aber es ist auch die Aufgabe der Tarifvertragsparteien, ordentliche Lohnabschlüsse für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu erzielen. Dabei sollten wir die Gewerkschaften nach Kräften unterstützen!

Unser Thema müssen die Normalverdiener und die Mittelschicht sein – ihre Sorgen um ihre wirtschaftliche Zukunft müssen wir aufnehmen, denn sie sind die Basis unserer Gesellschaft.

Ich weiß, die Zeiten sind nicht einfach und die Diskussion ist schwierig. Wir dürfen dabei aber weder intern Gräben aufreißen noch uns von außen unter Druck setzen lassen. Unser Erfolg bei der Hessen-Wahl gibt uns allen Grund, die notwendige Debatte gelassen und mit großem Selbstbewusstsein zu führen.

Ihre



Inhaltsverzeichnis

Online-Durchsuchung: Bundesverfassungsgericht schafft neues Grundrecht	3
Bonner Beschlüsse: Koalition arbeitet weiter	4
Schüler machen Wahllokal in Ober-Ramstadt	6
2008 ist „Jahr der Mathematik“	8
Besucherecke	8
Videowettbewerb „Gute Arbeit“	9
Letzte Nachricht	9

Bundesverfassungsgericht urteilt über Online-Durchsuchung: Nur in engen Grenzen möglich

Mit dem neuen Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme **stärkt das Bundesverfassungsgericht die Freiheitsrechte**. Ich begrüße, dass die Karlsruher Richter damit zugleich das Vertrauen von Bürgern und der Wirtschaft in die Integrität und Vertraulichkeit von Computersystemen stärken. Dies ist ausgesprochen wichtig, weil Informationstechnologie aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken ist. Computer sind für viele Menschen fester Bestandteil ihrer Lebensführung, sie nutzen sie als Informations- und Kommunikationsmedium, vielfach hat die Festplatte die herkömmliche Aufbewahrungsmöglichkeiten des Schreibtischs abgelöst. **Bürgerinnen und Bürger, ebenso wie Unternehmen, müssen deshalb darauf vertrauen können, dass Privates und Geschäftsunterlagen grundsätzlich geschützt und heimliche Durchsuchungen von Computersystemen auch in Zukunft die absolute Ausnahme bleiben.**

Das neu entwickelte Grundrecht kann - wie andere Grundrechte auch - durch Gesetz eingeschränkt werden. Dafür hat das Bundesverfassungsgericht strenge Maßstäbe formuliert, insbesondere bleibt der Kernbereich privater Lebensgestaltung umfassend geschützt. Für den präventiven Bereich ist der Bundesinnenminister jetzt gefordert, Formulierungen für das BKA-Gesetz vorzulegen, die diesen Ansprüchen genügen. Dabei werden wir ihn unterstützen.

Für den **Bereich der (repressiven) Strafverfolgung** werden wir prüfen, ob es einer ergänzenden Bestimmung bedarf, um die sogenannte Quellen-TKÜ als Spezialfall der Telekommunikationsüberwachung in der Strafprozessordnung zu regeln, die eine Überwachung verschlüsselt über das Internet geführter Kommunikation ermöglicht. Prüfen werden wir außerdem, ob es einer **Vorschrift in der Strafprozessordnung bedarf, um zu Strafverfolgungszwecken unter engsten Voraussetzungen eine Online-Durchsuchung von Computersystemen zu ermöglichen**. Zudem werden wir uns intensiv mit der Frage der Verwertbarkeit von Material, das im Wege von Online-Durchsuchungen gewonnen wurde, im Strafprozess auseinandersetzen.

Ich freue mich, dass die Karlsruher Richter meine Rechtsauffassung bestätigt haben, dass bei einem mit ganz erheblichen Grundrechtseingriffen verbundenen Ermittlungsinstrument **Verfahrensicherungen auf hohem Niveau zum Schutz der Bürgerrechte eingezogen werden müssen**. Eine Online-Durchsuchung darf grundsätzlich nur von einem Richter angeordnet werden, wir brauchen klare Löschungsregeln und die Möglichkeit des Betroffenen, nachträglich die Rechtmäßigkeit einer solchen Maßnahme gerichtlich überprüfen zu lassen.

Begriffserläuterungen zum Thema Online-Durchsuchung

Der Begriff der Online-Durchsuchung wird in der öffentlichen Diskussion für sehr verschiedene Fallkonstellationen verwendet, die teilweise rechtlich unterschiedlich zu beurteilen sind. Eine allgemeingültige Definition gibt es bislang nicht, man kann jedoch von folgender groben Unterscheidung ausgehen:

Unter Online-Durchsuchung versteht man die online erfolgende Ausleitung von solchen elektronischen Speicherinhalten, die nicht Gegenstand laufender Kommunikation sind. Hierunter fallen insbesondere zwei Fallkonstellationen:

- die Durchsuchung von Speichermedien (z. B. der Festplatte), also das Suchen in vorhandenen Datenbeständen nach dort gespeicherten Inhalten, z.B. Textdateien, Bildern, empfangenen oder gesendeten E-Mails - „Online-Durchsuchung im engeren Sinne“,
- die fortlaufende Überwachung der Datenverarbeitung am Computer einschließlich des Abgreifens aktueller Tastatureingaben (sog. Key-Logging) - „Online-Überwachung“).

Davon zu unterscheiden ist die sog. QuellenTKÜ, mittels derer beispielsweise die Telekommunikation per Internet-Telefonie an ihrer „Quelle“, dem Computersystem überwacht wird.

Bonner Beschlüsse der Koalitionsfraktionen:

Koalition arbeitet fleißig weiter

Vergangene Woche trafen sich in Bonn die Spitzen der beiden Koalitionsfraktionen zur gemeinsamen Klausur, um die Kernthemen der Großen Koalition für die nächsten Monate zu erörtern. **Bei bisher strittigen Themen einigten sich die Fraktionsspitzen und fassten wichtige Beschlüsse.** Zu den beschlossenen Einigungen gehören die Reform der Pflegeversicherung, ein Konzept zur Förderung von Wohneigentum, die Erhöhung des Wohngeldes sowie die Einführung eines Kinderzuschlags. Konkret bedeutet das:

Pflegeversicherung

Zum 1. Juli 2008 wurde eine Reform der Pflegeversicherung beschlossen. Sie wird **Leistungsverbesserungen für demenzkranke Menschen bringen und insbesondere die Leistungen für den ambulanten Bereich verbessern.** Außerdem **können Pflegestützpunkte eingerichtet werden.** Wenn Bundesländer diese Beratungsstellen für Pflegebedürftige und Angehörige wünschen, sollen die Pflegekassen diese aufbauen. Zudem soll es zukünftig **mehr unangemeldete Kontrollen in Heimen geben.** Auch **sollen Arbeitnehmer zur Pflege ihrer Angehörigen bis zu sechs Monate unbezahlte Auszeit nehmen dürfen und bis zu zehn Arbeitstage zur Pflegeorganisation frei nehmen können.**

Die Vereinbarung der Koalitionsfraktionen zur Pflegereform macht den Weg für ein Gesetz frei,

welches den Pflegebedürftigen hilft und den Pflegewilligen in den Familien signalisiert: Ihr erhaltet Hilfe und Unterstützung. **Damit erreicht dieses Gesetz sein wichtigstes Ziel: Unbürokratische Hilfe, moderne und verbesserte Leistungen, ein würdevoller Umgang mit den Menschen, die sich selber nicht mehr uneingeschränkt helfen können.**

„Wohn-Riester“

Um dem Wohnungsmarkt weitere Impulse zu geben, wird die **Riester-Rente auf selbst genutzte Immobilien ausgedehnt**. Mit Hilfe der so genannten Eigenheimrente kann zukünftig alles, was an Förderungen für die Riester-Rente an eigenen Beiträgen und staatlicher Förderung zur Verfügung steht, auch für die Finanzierung des Eigenheims verwendet werden.

Erhöhung des Wohngelds

Um angesichts gestiegener Heizkosten Menschen mit einem geringen Einkommen zu helfen, wird - auf unseren Druck hin - das Wohngeld erhöht. **Dafür wird der Bund 250 Millionen Euro zur Verfügung stellen**, die andere Hälfte tragen die Länder. **Aufgrund gestiegener Energiekosten wird zudem ein Kinderzuschlag für finanzschwache Familien eingeführt**. Die Wohngelderhöhung ist überfällig: Das Wohngeld ist seit 2001 nicht mehr erhöht worden. Mieten, Lebenshaltungskosten und Energiepreise sind in dieser Zeit teilweise stark gestiegen. Nun können die Betroffenen - vor allem Rentner und Bedürftige, die keine SGB II-Leistungen beziehen - mit einer Entlastung rechnen. Besonders profitieren werden Familien. Das ist eine richtig gute Nachricht für alle Wohngeldbezieher!

Rentenverdoppelung für Contergan-Geschädigte

Geeinigt haben sich die Spitzen der Koalitionsfraktionen zudem auf eine **Aufstockung der Hilfs-gelder für Contergan-Geschädigte**. **Die Renten werden verdoppelt und der Etat hierfür um 15 Millionen Euro erhöht**. Die Erhöhung werde in diesem Jahr beginnen und dann fortgesetzt werden. Für die Betroffenen ist dies ein wichtiger Schritt zu einer besseren Lebensqualität, für uns als Gesellschaft ein Schritt zu mehr Menschlichkeit und Solidarität.

„Petersberger Erklärung“

Thema der Klausur war auch die **Krise auf den internationalen Finanzmärkten**. Mit der dazu verabschiedeten „Petersberger Erklärung“ werden die Banken aufgefordert, eventuelle weitere Wertberichtigungen und Verluste rasch offen zu legen. Denn nur so kann das Misstrauen auf den Finanzmärkten abgebaut und verlorenes Vertrauen zurückgewonnen werden.

Auch wenn noch nicht alle strittigen Themen auf der Tagesordnung dieser Klausurtagung standen, so haben die Fraktionsspitzen deutlich gemacht: **Wir werden auch 2008 unsere gute Arbeit fortsetzen, um die wichtigen anstehenden Fragen in Deutschland zu lösen.**

Jugendliche Wahlhelfer in Ober-Ramstadt PoWi-Leistungskurs erlebt Hessenwahl hautnah

Im Rahmen der Hessischen Landtagswahl, die am 27. Januar 2008 stattfand, hat sich **ein Politik- und Wirtschafts-Kurs des 12. Jahrgangs der Georg-Christoph-Lichtenbergschule in Ober-Ramstadt bereit erklärt, als Wahlhelfer tätig zu sein.** Die Schülerinnen und Schüler wurden auf verschiedene Wahllokale aufgeteilt und begleiteten so den Wahltag. Ein tolles Projekt, wie ich finde!

Im Vorfeld hat unser Praktikant Julian Heck aus Weiterstadt mit zwei Schülern des Kurses über die Erwartungen und die Vorbereitungen gesprochen. Der zweite Teil des Interviews ist nach dem Wahlsonntag gemacht worden, um ein Fazit des Projektes zu ziehen. **Rede und Antwort standen Clarisse Burkhardt und Jonas Gillmann.**

Vor dem Wahltag

Wie seid ihr auf die Idee gekommen, ein Wahllokal zu führen?

Wir haben im Unterricht das Thema „Wahlsysteme“ behandelt. Ein Mitschüler kam dann auf die Idee, einmal hautnah dabei zu sein. Da es auf Zustimmung stieß, hat unser Lehrer bei der Stadt Ober-Ramstadt nachgefragt, wo wir dann die Erlaubnis bekommen haben.

Warum wolltet ihr so etwas machen?

Weil wir ein Kurs sind, der an Politik interessiert ist. Wir haben Veranstaltungen und Möglichkeiten gesucht, um Politik mal aus nächster Nähe beobachten zu können und die Landtagswahl ist die perfekte Gelegenheit, einmal hinter die Kulissen zu blicken. Zudem möchten wir der Öffentlichkeit zeigen, dass die heutige Jugend sich sehr wohl für Politik interessiert, am politischen Geschehen teilnimmt und sogar an einem Sonntag Zeit findet, um etwas von der Politik mitzubekommen und als Wahlhelfer tätig zu sein.

Was erhofft ihr euch von diesem Projekt?

Wie schon gesagt, wir möchten darauf aufmerksam machen, dass Jugendliche sehr wohl Lust auf Politik haben! Außerdem wollen wir den ganzen Ablauf mal „live“ erlebt haben.

Und ein bisschen Werbung für unsere Schule machen wir auch, denn wir können zeigen, dass wir solch ein Projekt verwirklicht haben!

Wie viel Arbeit steckt hinter eurem Projekt?

Da steckt eine Menge Arbeit dahinter! Wir brauchten eine Genehmigung von der Stadt, mussten die Arbeit untereinander organisieren und auch eine Schulung haben wir gemacht, damit wir am Wahltag wissen, was genau unsere Aufgaben sind und wie alles abläuft. An dieser Stelle noch einen großen Dank an unseren Lehrer Herr Lassen, der die Organisation mit der Stadt „in die Hand genommen“ hat!

Wer unterstützt euch bei dieser Aktion?

Uns unterstützen die gesamte Schule, der Bürgermeister und die Stadtverwaltung – denn nur durch die Stadt ist es möglich, unser Vorhaben durchzuführen. Natürlich ist Herr Lassen nicht zu vergessen!

Wie haben eure Freunde reagiert, als sie erfahren haben, dass ihr so etwas machen wollt?

Unsere Freunde haben durchweg positiv reagiert und viele Fragen gestellt – so wie du es auch gerade machst! Wahlberechtigte nahmen sich vor, zu uns zu kommen und zu wählen, aber auch unter 18-Jährige zeigten sehr viel Interesse!



Zwei Schüler bei der Arbeit im Wahllokal

Nach dem Wahltag

Hattet ihr „prominenten“/politischen Besuch, der eure Idee toll fand und vorbeigekommen ist?

In einem Wahllokal kam der Ober-Ramstädter Bürgermeister Werner Schuchmann vorbei um zu schauen, ob alles gut läuft und ob wir Spaß bei der Arbeit haben. Und in einem anderen Wahllokal besuchte uns die SPD-Landtagskandidatin Dagmar Metzger.

Hat diese Aktion euer Interesse an Politik oder Demokratie verändert?

Da wir vorher schon an der Politik interessiert waren, eigentlich weniger. Aber wir haben das ganze Geschehen – da wir ja „live“ dabei waren und mitgewirkt haben – doch etwas anders aufgefasst. Und die Diskussionen und Medienberichte nach der Wahl über das knappe Wahlergebnis verfolgen wir natürlich mit noch mehr Interesse, als wir es sonst wahrscheinlich getan hätten!

Wie haben die Wählerinnen und Wähler darauf reagiert, dass Jugendliche ein Wahllokal führen?

Einige Reaktionen der Wähler waren wirklich witzig. Viele, die in das Wahllokal herein kamen, sagten mit Erstaunen „Das ist ja was ganz Neues, dass so viele jugendliche Gesichter hier sitzen. Das ist wirklich schön!“. Die Reaktionen waren neben mancher Verwunderung sehr positiv!

Würdet ihr es den kommenden Jahrgängen empfehlen, solch ein Projekt durchzuführen?

Auf jeden Fall würden wir das weiterempfehlen! Es hat viel Spaß gemacht und es ist wirklich eine Erfahrung wert! Vermutlich werden auch Einige bei der nächsten Wahl wieder freiwillig als Wahlhelfer dabei sein.

Zieht ein Fazit, was gut und was weniger gut gelaufen ist.

Es ist alles prima gelaufen! Wir hatten Spaß, die Reaktionen waren sehr positiv und wir wurden als vollwertige Mitglieder des Wahlvorstandes angesehen, wie welche behandelt und gut in den Wahlvorgang integriert! Was will man mehr? Es war einfach ein toller und lehrreicher Tag!

Wissenschaftsjahr der Mathematik

Eine faszinierende Wissenschaft wird unter die Lupe genommen

$$2 \times 2 = 4$$

$$A^2 + b^2 = c^2$$

$$\Sigma 2.3789$$

$$(-2)^3 = -8$$

Nach acht bereits spannenden Wissenschaftsjahren folgt nun das neunte: Das Jahr 2008 ist das Wissenschaftsjahr der Mathematik und steht unter dem Motto „Mathematik - Alles, was zählt“. Im Mittelpunkt dieses Wissenschaftsjahres stehen Zahlen, Formeln und Funktionen, aber auch mathematische Kreativität als Basis zum Untersuchen von Figuren und dem

Rechnen mit Zahlen. Das Jahr der Mathematik will in den kommenden Monaten die vielen Facetten und die zahlreichen Anwendungen dieser Wissenschaft in den Blickpunkt der Öffentlichkeit rücken, darunter: Klima und Wetter, Gesundheit und Biologie, moderne Kommunikation, Logistik und Verkehr, Technik, Lehren und Lernen, Kunst und Kultur, Sport und Spiel sowie Finanzen und Wirtschaft. Da viele immer noch denken, Mathe wäre langweilig und nur etwas für Profis, soll vor allem Kindern und Jugendlichen gezeigt werden, dass Mathe Spaß macht.

Im Wissenschaftsjahr finden **zahlreiche Veranstaltungen** im ganz Deutschland statt. In Hessen gibt es vor allem in Gießen - der Heimat des Mathematikums - viel zu sehen und zu erleben. Außerdem finden etliche Wettbewerbe rund die Mathematik statt.

Viele weitere Informationen zum Wissenschaftsjahr der Mathematik finden Sie unter www.jahr-

Besucherecke

Drei Schulklassen haben sich in diesem Jahr schon auf den Weg nach Berlin gemacht und mich im Bundestag zum Gespräch getroffen: Los ging es mit den **Schülerinnen und Schülern der Darmstädter Alice-Eleonoren-Schule**, die im Januar hier waren. Leider konnte ich kurzfristig aus terminlichen Gründen nicht selbst mit der Klasse diskutieren, so dass meine Mitarbeiterin Barbara Etz einspringen musste.



Die **Jahrgangsstufe 11 der Friedrich-Ebert-Schule aus Pfungstadt** war am 21.2.2008 im Paul-Löbe-Haus zum Gespräch mit mir. Vor allem Fragen zur Datenüberwachung musste ich beantworten - immer wieder stelle ich fest, dass sich vor allem junge Leute für diese Themen interessieren. Das an diesem Tag verabschiedete Gesetz zur erleichterten Feststellung der Vaterschaft war auch Thema unseres Gesprächs.

Beim Treffen mit dem **Politik-Leistungskurs der Lichtenbergschule aus Ober-Ramstadt** am 28.2.2008 traf ich die jugendlichen Wahlhelfer, die so tatkräftig die Hessenwahl als Wahlhelfer begleiteten. Es war eine spannende Diskussion, die wir in Ober-Ramstadt fortsetzen werden.

SPD startet Videowettbewerb „Gute Arbeit“ Die besten Ideen werden ausgezeichnet

Worin zeichnet sich Ihrer Meinung nach „Gute Arbeit“ aus? Für mich gehören ein guter Lohn und Mitspracherecht zu den Grundvoraussetzungen für eine „Gute Arbeit“. Was ist für Sie wichtig? **Die SPD interessiert, was Sie zum Thema „Gute Arbeit“ denken. Und da ein bewegtes Bild bekanntlich mehr sagt als tausend Worte, hat die SPD einen Videowettbewerb gestartet.** Hier können Sie Ihre persönliche Vorstellung von „Guter Arbeit“ in maximal 3 Minuten aufnehmen - die besten 20 Videos werden von einer Prominenten Jury aus Politikern, Wirtschafts- und Film Experten bewertet und mit Geldpreisen von bis zu 3.000 Euro ausgezeichnet.

Mitmachen kann jeder, der über 18 ist und eine gute Idee hat! Der **Einsendeschluss ist der 1. Mai 2008.** Teilnahmebedingungen und weitere Informationen finden sie unter **www.gute-arbeit.spd.de**.

Ich würde mich über viele Einsendungen sehr freuen - also gleich anfangen zu filmen!

Letzte Nachricht: Gesicht zeigen! Aktionswoche gegen Rassismus

Bereits zum 8. Mal organisiert *Gesicht zeigen!* die Aktionswoche(n) gegen Rassismus: **Vom 10. bis 23. März soll gemeinsam mit unzähligen Partnerorganisationen, Initiativen, engagierten Schulen, Politikern und Kulturschaffenden ein lautes und deutliches Signal quer durch die Republik geschickt werden: Rassismus ist ein Verbrechen - wir können, wollen und werden uns dagegen zur Wehr setzen!** Mit Aktionen, Informationsveranstaltungen, Kunst, Sport, Projekttagen, Filmen und Diskussionen wird deutlich gemacht: Rechte Gewalt und Ausländerfeindlichkeit haben in Deutschland keinen Platz.

Wo welche Veranstaltungen stattfinden und welche Highlights es in Berlin gibt, erfahren Sie unter **www.gesichtzeigen.de**.

Ein Wort zum *Brief aus Berlin*

Der *Brief aus Berlin* ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürgernah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den *Brief aus Berlin* an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

*V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB * Platz der Republik 1 * 11011 Berlin*